Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf · [Auswärts 20 Pf.] · Nr 36 · A 19 — DONNERSTAG, 22. JANUAR 1931 — MORGEN-AUSGABE · V

Genfer Friedensmanifest

Gemeinsame Erklärung der Großmächte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 21. JANUAR

Die Außenminister Frankreichs, Englands, Deutschlands und Italiens haben heute abend am Ende der letzten Sitzung der Europakommission gemeinsam eine Kundgebung eingebracht, die auf Antrag des Präsidenten Briand von der Kommission einstimmig angenommen wurde. Das bedeutsame Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Wir haben in diesen letzten Tagen untereinander die Probleme geprüft und erörtert, die sich unseren Regierungen stellen, und haben als eines der Hindernisse zum wirtschaftlichen Wiederaufbau deutlich den Mangel an Vertrauen in die Zukunft erkannt, der auf die Besorgnis hinsichtlich der politischen Lage zurückzuführen ist. Diese Besorgnis ist noch durch gewisse Gerüchte gesteigert worden, die von unverantwortlichen Kreisen über die Möglichkeit eines internationalen Krieges verbreitet werden.

Wir anerkennen, daß gegenwärtig in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und daß sie noch vermehrt wurden durch den Mangel an Stabilität und das wirtschaftliche Unbehagen, die sich aus der allgemeinen Krise ergeben.

Wir können zur Verbesserung der Lage nichts Besseres tun als den Zweifel über die Solidität des Friedens in Europa nicht weiter bestehen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Minister der auswärtigen Angelegenheiten oder als verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten legen wir Wert darauf, zu proklamieren, daß wir mehr als jemals fest entschlossen sind, uns der Organe des Völkerbundes zu bedienen, um jeden Appell an die Gewalt künftig auszuschließen.“

Diese Kundgebung und ihre einstimmige Annahme durch die Europa-Kommission werden hier als eine sensationelle Tatsache gewertet, die von größtem Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung sein kann.

Curtius' guter Eindruck

Von

DR. PETER REINHOLD

GENF, 21. JANUAR

Schon das äußere Bild der heutigen Tagung des Völkerbundsrates bewies das große Interesse, das man der deutsch-polnischen Auseinandersetzung entgegenbrachte. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und man merkte deutlich die gespannte Erwartung, als gleich nach Eröffnung der Sitzung Dr. Curtius das Wort erhielt.

Curtius verlas seine Rede vom Manuskript mit klarer und fester Stimme. Wer ihn näher kennt, spürte trotz seiner verhaltenen Ruhe die innere Erregung; nicht als Anzeichen einer nervösen Spannung, sondern im Sinne einer gesteigerten Vitalität, die das Bewußtsein einer großen Entscheidung gibt.

Seine Rede war ausgezeichnet. Er hatte geschickt und eindeutig herausgearbeitet, worauf es Deutschland in dieser Frage ankommt: auf einen wirksamen Schutz der durch den Versailler Vertrag unter polnische Souveränität gekommene Mundminderheit auf Grund der im Völkerbundspakt vorgesehenen Rechte der Minderheiten. Er lehnte es deshalb mit Recht ab, eine einseitige deutsch-polnische Auseinandersetzung zu führen und betonte ausdrücklich, daß der deutsche Antrag mit den großen Fragen der Grenzrevision nichts zu tun habe, Fragen von so vitaler Bedeutung für Deutschland, daß kein Kabinett darauf verzichten könne, deren Lösung aber, wie er mit erhobener Stimme feierlich erklärte, Deutschland lediglich auf vertragsmäßigem Weg anstrebe.

Wenn er als Mitglied des Rates heute die gegen die deutsche Minderheit verübten Terroralte zur Sprache bringe, so übe er damit eines der höchsten Rechte und eine der schönsten Pflichten als Völkerbundmitglied aus, wobei er — vermutlich mit Rücksicht auf die ukrainische Minderheit, deren Schutz vielleicht von englischer Seite übernommen wird, darauf hinwies, daß dieses Recht und diese Pflicht jedem Ratsmitglied obliege.

In den Vordergrund seiner Erklärungen stellte Dr. Curtius — und damit nahm er einen Hauptteil der polnischen Entgegnungen vorweg — die Tatsache, daß es sich nicht darum handle daß bei den Wahlen gewisse Gewalthandlungen und Terroralte vorgekommen sind, sondern daß der entscheidende Punkt darin zu erblicken sei, daß die polnischen Behörden einer solchen Vergewaltigung der deutschen Minderheit passiv zugesehen, zum Teil sie sogar begünstigt hätten. Der Völkerbund habe keinen Einfluß darauf, wie die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten ihre politischen Gegner behandeln. Aber wenn durch eine solche Behandlung oder dieser Mißhandlung die Rechte der Minderheiten beeinträchtigt würden, bestehe die zweifelsfreie Verpflichtung des Völkerbunds, einzugreifen und nicht nur Genugtuung für die begangene Unbill, sondern Sicherungen für die Zukunft zu fordern. So schloß er seine Rede mit ziemlich scharf formulierten Forderungen, die er als Mitglied des Rats erhob.

Curtius hatte deutsch gesprochen: so setzte nach seiner Rede die zeitraubende und ermüdende Prozedur der Uebertragung ins Französische und ins Englische ein. Während die Dolmetscher tätig waren, hatte man Gelegenheit, den Eindruck der Rede unseres Außenministers festzustellen. Soweit sie verstanden worden war, hatte sie stark und durchaus günstig gewirkt. Und mehr als einer meiner alten Freunde aus dem internationalen Lager versicherte mir, daß trotz der Schärfe der Formulierungen die sachliche und ruhige Art des deutschen Außenministers den besten Eindruck gemacht habe, und daß kaum ein deutscher Staatsmann glücklicher die der deutschen Minderheit nicht ungünstige Stimmung im Völkerbund habe fördern können. Der Schatz des Vertrauens, der für Deutschland so wichtig sei und den nach Stresemanns Tod Curtius erst ganz allmählich habe ansammeln können, sei mehr und mehr im Wachsen. Demgegenüber blieben die Stimmen, daß Curtius überscharf, fast aggressiv gesprochen habe, in der Minderheit.

Trotz der vorgerückten Stunde gab der Vorsitzende Henderson, nachdem der englische Dolmetscher geschlossen hatte, dem polnischen Außenminister Zaleski noch das Wort zur Erwiderung. Zaleski verzichtete auf eine Antwort auf die deutsche Rede. Er las stattdessen in französischer Sprache eine vorher aufgesetzte Erklärung vor, aus der die schwache Position Polens klar zum Vorschein kam. Wenn in früheren Völkerbundtagungen für Polen stets eine romantische Neigung bestanden hatte, war diese Stimmung seit den Er-

Was bringt die Osthilfe?

Die vorläufigen Richtlinien

In zwei parallelen Besprechungen wurden gestern in der Reichskanzlei die Osthilfen-Maßnahmen beraten, einmal die auf dem Verwaltungsweg durchzuführenden Maßnahmen, wie Gebührenermäßigung von Krankenkassen, Reform des Genossenschaftswesens usw., und ferner in einer Kabinettssitzung das Osthilfegesetz selbst, das dem Reichstag nach seinem Zusammentritt zugeleitet werden soll. An dieser Kabinettssitzung nahmen auch der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff und der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dorpmüller teil.

Die Beratung, die ohne Beschlußfassung sich auf Anfang nächster Woche vertagte, ergab, daß noch keine Klarheit darüber besteht, welche Gebiete über den bisherigen Kreis der Osthilfe hinaus Unterstützungen erhalten sollen und auf welchem Wege die erforderlichen Gelder zu beschaffen sind. Nach den bisherigen Vorschlägen sollen Vorpommern, die beiden Mecklenburg und Niederschlesien unter Ausscheidung der Kreise Rothenburg und Hoyerswerda berücksichtigt werden.

Die Finanzierung der Osthilfe ist in Anlehnung an das Projekt des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom Jahre 1930 ab aus Mitteln der Industriebelastung geplant, die bis zum Jahre 1936 insgesamt etwa 600 Mill. RM aufbringen würde. Es ist aber dabei noch eine Reihe schwieriger juristischer und finanzieller Probleme zu prüfen. Im Jahre 1931 würden an Barmitteln für die Osthilfe insgesamt etwa 160 Millionen Rm. in Betracht kommen, von denen etwas mehr als 80 Millionen RM bereits etatisiert sind. Dabei handelt es sich um Frachterleichterungen, Erleichterung kommunaler Lasten, Umschuldungen usw.

Eines der wesentlichen neuen Momente an dem Osthilfe-Gesetz ist die Aenderung des Umschuldungssystems. Während ursprünglich für das Jahr 1931 und die folgenden fünf Jahre kleinere Beträge in Höhe von je etwa 6 Mill. Mark in Betracht kommen sollten, wirft man jetzt in den Jahren 1931 und 1932 je 50 Mill. Mark aus, um so entsprechend gewissen aus der Landwirtschaft geäußerten Plänen die Umschuldung schlagartig in verhältnismäßig kurzer Frist durchführen zu können.

Eine weitere noch sehr umstrittene Abweichung von dem bisherigen System ergibt sich daraus, daß Minister Schiele die Prüfung der Kreditwürdigkeit landwirtschaftlicher Betriebe den Landesstellen der Osthilfe übertragen will, während bisher die Kreditwürdigkeit durch Revision der Preußenkasse geprüft wurde. Das würde also eine Lockerung der Kontrolle durch den eigentlichen Kreditgeber bedeuten, und, wie man vielfach befürchtet, zu einer Begünstigung der landwirtschaftlichen Großbetriebe führen.

Haushaltsausschuß gesprengt

Der nationalsozialistische Vorsitz

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hat sich gestern abend während der Beratung des Justizetats folgende ungewöhnliche Szene zugetragen:

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Rosenfeld übte in seiner Rede Kritik an der verschiedenartigen Behandlung, die die Strafjustiz Kommunisten und rechtsstehenden politischen Angeklagten widerfahren lasse. Er kam dabei auf Hitler zu sprechen, den er wegen seines Verhaltens beim November-Putsch in München 1923 einen Hochverräter nannte.

Es sprach nachher der nationalsozialistische Abgeordnete Schwarz, der den sozialdemokratischen Vorredner als den Führer einer Partei bezeichnete, die seit Jahren Hoch- und Landesverrat betreibe.

Der stellvertretende Vorsitzende, der gerade die Verhandlungen leitete, war der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt. Er wurde von den Sozialdemokraten darauf aufmerksam gemacht, daß er den beleidigenden Ausfall des Abg. Schwarz rügen müsse. Das lehnte der Vorsitzende mit der Begründung ab, daß Abg. Dr. Rosenfeld ja auch Hitler beleidigt habe.

Die Sozialdemokraten erklärten dann, unter diesem Vorsitzenden nicht weiter verhandeln zu wollen, und verließen den Saal. Nachher wurden ihnen mitgeteilt, daß der stellvertretende Vorsitzende in ihrer Abwesenheit die Abgeordneten Dr. Rosenfeld, Schwarz und Roßmann zur Ordnung gerufen hätte. Sie fühlten sich dadurch aber keineswegs veranlaßt, in den Saal zurückzukehren. Dort wurde daraufhin Antrag auf Vertagung gestellt. Eine Mehrheit, die aus Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Landvolkleuten gebildet wurde, lehnte die Vertagung ab, und das gab den Vertretern der bürgerlichen Gruppen — Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Staatspartei und Zentrum — Veranlassung, ebenfalls das Beratungszimmer zu verlassen. Die Sitzung mußte daraufhin wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden.

Der gestrige Vorfall beweist, daß bis in die unmittelbare Nachbarschaft der Nationalsozialisten auch die bürgerlichen Parteien sich dieses krasse parteimäßige Verfahren der Nationalsozialisten nicht länger gefallen lassen wollen. Es wird in der heutigen Sitzung zweifellos noch ein Nachspiel haben, darüber hinaus aber das Tempo der Verhandlungen darüber beschleunigen, wie man dem Mißbrauch parlamentarischer Vertrauensämter begegnen kann.